

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> .....	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XVII
<i>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</i> .....	XXI
1. Teil	
<b>Einführung</b>	
<b>§ 1 Begriff des Wirtschaftsstrafrechts und kriminologische Grundlagen</b> .....	1
<b>I. Begriff des Wirtschaftsstrafrechts</b> .....	1
1. Problemstellung .....	1
2. Begriffsbestimmung aus kriminologischer Sicht .....	2
3. Strafprozessual-kriminaltaktische Begriffsbildung des § 74c GVG .....	3
4. Begriffsbestimmung aus rechtsdogmatischer/rechtsgutorientierter Sicht .....	4
<b>II. Phänomenologie des Wirtschaftsstrafrechts (kriminologische Grundlagen)</b> .....	5
1. Personenbezogene Charakteristika des Wirtschaftsstrafrechts .....	6
2. Tatbezogene Charakteristika des Wirtschaftsstrafrechts .....	6
3. Bedeutung des Wirtschaftsstrafrechts in der Praxis und polizeiliche Kriminalstatistik .....	7
<b>III. Rechtsquellen des Wirtschaftsstrafrechts in Deutschland</b> .....	8
1. Vorschriften im Kernstrafrecht .....	9
2. Gesetzesblöcke im Nebenstrafrecht .....	10
3. EU-Recht .....	11
4. Wirtschaftsstrafrecht AT? .....	12
<b>§ 2 Besondere Prinzipien der Bildung von Tatbeständen im Wirtschaftsstrafrecht</b> .....	13
<b>I. Gesetzgebungsprinzipien</b> .....	13
1. Sonderdelikte .....	13
2. Abstrakte Gefährdungsdelikte .....	14
3. Überkriminalisierung? .....	14
4. Häufige Anordnung von Fahrlässigkeitstatbeständen .....	15

<b>II. Blankettstraftatbestände und normative Tatbestandsmerkmale</b> .....	16
1. Blankettgesetze im „engeren Sinn“ .....	16
2. Blankettgesetze im weiteren Sinn (Außenverweisungen) .....	17
3. Auswirkungen von Blanketttatbeständen und normativen Merkmalen auf die strafrechtliche Irrtumsproblematik .....	19
<b>§ 3 Grundsätze und Schwierigkeiten bei der Auslegung von Wirtschaftsstraftatbeständen</b> .....	24
I. (Restriktive) Auslegung von Generalklauseln und Maßstabsfiguren ...	24
II. Wirtschaftliche Auslegung .....	25
III. Behandlung von Schein und Umgehungshandlungen .....	25
<b>§ 4 Verantwortung von und im Unternehmen</b> .....	28
I. Das Unternehmen als zentraler Schauplatz wirtschaftsstrafrechtlicher Delinquenz .....	28
II. Verantwortung von Unternehmen .....	29
1. Einführung einer Verbandsstrafe de lege ferenda? .....	29
2. Bebußung von Gesellschaften im Ordnungswidrigkeitenrecht, § 30 OWiG .....	31
a) Tatbestand des § 30 OWiG .....	31
aa) Anknüpfungstat und tauglicher Täter .....	31
bb) Betriebsbezogene Pflichtverletzung/(beabsichtigte) Bereicherung des Verbands .....	32
cc) Handeln in Funktion der verantwortlichen Leitungsposition ...	33
b) Rechtsfolge des § 30 OWiG .....	33
3. Sonstige Sanktionen und Maßnahmen gegen Unternehmen .....	35
III. Strafbarkeit im Unternehmen .....	35
1. Horizontale Verantwortungsstrukturen .....	36
2. Vertikale Verantwortungsstrukturen .....	36
a) Verantwortung als mittelbarer Täter, § 25 I 2. Alt StGB? .....	37
b) Wechselseitige Zurechnung, § 25 II StGB? .....	37
c) Strafbarkeit aus Unterlassen, § 13 StGB? .....	38
d) Verschiebung der Verantwortung „nach unten“? (Zur Frage der sog. Delegation) .....	39
3. Haftungsbegründung für Vertreter, § 14 StGB .....	40
a) Organhaftung, § 14 I StGB .....	41
b) Betriebsleiterhaftung, § 14 II StGB .....	41
c) Fehlerhaftes Organ/Fehlerhafter Betriebsleiter, § 14 III StGB .....	42
4. Die Aufsichtshaftung nach § 130 OWiG .....	42

## 2. Teil

## Ausgewählte Problemstellungen und Regelungskomplexe des Wirtschaftsstrafrechts

<b>§ 5 BGHSt 37, 106: Die Lederspray-Entscheidung Produktstrafrecht und Gremienentscheidungen</b> .....	45
I. Strafrechtliche Produkthaftung .....	45
II. Kausalitätsprobleme in der strafrechtlichen Produkthaftung und die Lösung des BGH im Ledersprayfall .....	47
1. Kausalität trotz nicht abschließend geklärter Wirkungsweise der Stoffe ..	48
a) Lösung über Risikoerhöhungslehre .....	48
b) Lösung des BGH .....	49
2. Kausalitätsbegründung bei Gremienbeschlüssen .....	50
3. Strafbares Unterlassen im Rahmen der Produkthaftung .....	52
a) Garantenstellung in Produkthaftungsfällen und „Ingerenz-Lösung“ des BGH im Lederspray-Urteil .....	53
b) Ressortverantwortung und Generalverantwortung in Krisenzeiten ..	53
c) Unterlassungskausalität bei psychisch vermittelten Kausalverläufen ..	54
<b>§ 6 BGHSt 46, 107: Die Banken-Entscheidung Beihilfe durch berufsbedingtes Verhalten – zugleich Grundzüge des Steuerstrafrechts</b> .....	56
I. Die Steuerhinterziehung als Wirtschaftsstraftat oder „Kavaliersdelikt“?	57
II. Steuern und Steuerrecht – Eine kurze Einführung .....	58
1. Die Bundesrepublik Deutschland als Steuerstaat .....	58
2. Das Steuerverfahren .....	59
3. „Steuerrecht AT“ – Die Abgabenordnung von 1977 .....	59
III. Einige Grundbegriffe des Steuerstrafrechts .....	60
1. Überblick .....	60
2. Verfahrensrechtliche Besonderheiten .....	61
3. Die Steuerhinterziehung, § 370 AO .....	62
a) Zur Deliktsnatur des § 370 AO .....	62
aa) Blankett oder normative Tatbestandsmerkmale? .....	62
bb) Der Täterkreis der Steuerhinterziehung .....	63
b) Der Tatbestand des § 370 AO im Einzelnen .....	63
aa) Die Taterfolge des § 370 I AO: Steuerverkürzung oder Vorteilserlangung .....	64
bb) Die Tathandlungen des § 370 I Nr. 1 und 2 AO .....	64
(1) Steuerhinterziehung durch aktives Tun .....	64
(2) Steuerhinterziehung durch Unterlassen .....	65
(3) Verbot der Umgehung gem. § 42 I AO .....	66

cc) Sonstige Tatbestandsvoraussetzungen, insb. Kausalität und Vorsatz .....	66
c) Vollendung und Versuch .....	67
4. Die strafbefreieende Selbstanzeige, § 371 AO .....	68
a) Rechtsnatur und Voraussetzungen .....	68
b) Ausschluss der Selbstanzeige gem. § 371 II AO .....	69
5. Zwischenfazit zum Ausgangsfall: Strafbare Einkommenssteuerhinterziehung durch Bankkunden? .....	70
<b>IV. Unterstützung fremder Straftaten durch berufsbedingtes Verhalten – Die Strafbarkeit von Bankangestellten wegen Beihilfe zur Steuer- hinterziehung .....</b>	<b>71</b>
1. Das Problem der Beihilfe durch berufsbedingtes Verhalten im Allgemeinen .....	72
2. Die Lösung des BGH im konkreten Fall, BGHSt 46, 107 .....	74
<b>V. Exkurs: Sonstiges strafbares Verhalten von Bankmitarbeitern und Finanzdienstleistern – Die Straftatbestände des KWG .....</b>	<b>75</b>
 <b>§ 7 BGHSt 54, 44: Berliner Stadtreinigung</b>	
<b>Der Betrug als Wirtschaftsstraftat .....</b>	<b>78</b>
<b>I. Der Betrug gem. § 263 StGB als das Wirtschaftsdelikt schlechthin? .....</b>	<b>78</b>
<b>II. Grundzüge der Betrugsstrafbarkeit .....</b>	<b>80</b>
1. Rechtsnatur des § 263 I StGB .....	80
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 263 I StGB im Einzelnen .....	80
a) Tathandlung .....	81
b) Irrtum .....	83
aa) Irrtum der Hilfsperson bzw. des „einfachen“ Angestellten .....	84
bb) Irrtum des höherrangigen Organs bzw. Entscheidungsträgers ..	85
c) Vermögensverfügung .....	85
d) Vermögensschaden .....	86
aa) Schadenskompensation .....	87
bb) Schadengleiche Vermögensgefährdung .....	88
cc) Abgrenzung Eingehungs- und Erfüllungsbetrug .....	89
e) Subjektiver Tatbestand .....	89
3. Sonstiges .....	89
<b>III. Betrug gem. § 263 I StGB durch überhöhte Rechnungsstellung?</b>	
<b>Die Lösung des BGH im Berliner Stadtreinigungsfall „Part 1“ .....</b>	<b>90</b>
1. Erklärungsinhalt bei überhöhter Rechnungsstellung .....	90
2. Zwischenergebnis .....	93
<b>IV. Betrug durch Unterlassen</b>	
<b>Die Lösung des BGH im Berliner Stadtreinigungsfall „Part 2“ .....</b>	<b>94</b>
1. Betrug durch Unterlassen – Grundlagen .....	94

2. Unterlassungshaftung im Unternehmen – § 263 StGB als Schauplatz für die sog. Geschäftsherrenhaftung .....	96
a) Garantenstellung aus Ingerenz .....	97
b) Garantenstellung durch Übernahme eines Pflichtenkreises .....	97
c) Viel Lärm um nichts? Ein Exkurs zur Garantenstellung sog. „Compliance-Officer“ .....	98
<b>§ 8 BGHSt 38, 186: Rheinausbau Betrugsderivate und ihre Bedeutung im Wirtschaftsstrafrecht .</b>	101
<b>I. § 263 StGB in der Wirtschaft – Immer einschlägig, aber nur selten verwirklicht? .....</b>	101
<b>II. Strafrechtlicher Schutz des staatlichen Subventionswesens .....</b>	102
1. Staatliche Subventionen – Chancen und Risiken .....	102
2. Der Subventionsbetrug nach § 263 StGB .....	103
3. Die Subventionserschleichung gem. § 264 StGB .....	103
a) Rechtsnatur und kriminalpolitische Bedeutung .....	103
b) Überblick und Systematik .....	104
c) Der Anwendungsbereich der Vorschrift – Zum Subventionsbegriff nach § 264 VII StGB .....	105
d) Die Tathandlungen des § 264 StGB .....	105
<b>III. Kreditbetrug gem. § 265b StGB .....</b>	107
1. Rechtsgut und Anwendungsbereich .....	107
2. Die Tathandlungen des § 265b StGB im Überblick .....	107
<b>IV. Strafrechtlicher Schutz des öffentlichen Vergabewesens .....</b>	108
1. Grundlagen: Das öffentliche Vergaberecht .....	108
2. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen, § 298 StGB .....	110
a) Rechtsgut und Deliktscharakter .....	110
b) Die Tatbestandsmerkmale des § 298 StGB im Einzelnen .....	110
aa) Ausschreibung .....	110
bb) Tathandlung .....	111
3. „Submissionsbetrug“ – Die Lösung des Rheinausbau-Falles durch den BGH in einer Zeit vor § 298 StGB .....	112
Anhang: Übersicht zu den wichtigsten wirtschaftsstrafrechtlichen Fallgruppen des Betrugs .....	115
<b>§ 9 BGHSt 49, 381: EM.TV Kinderfilm AG Strafrecht des Kapitalmarkts und Anlegerschutz (zugleich Grundbegriffe des Bilanzstrafrechts) .....</b>	119
<b>I. Strafrechtlicher Schutz des Kapitalmarkts .....</b>	118
1. Ausgewählte Strafvorschriften zum Schutz des Kapitalmarkts im Überblick .....	122

## Inhaltsverzeichnis

a) Kapitalanlagebetrug, § 264a StGB .....	122
b) Straftaten nach dem WpHG .....	123
aa) § 38 I Nr. 1-3 WpHG: Insiderhandel, Verbotene Weitergabe und Empfehlung .....	123
bb) Kurs- und Marktmanipulation, § 38 II WpHG .....	125
c) § 49 BörsG .....	126
2. Falschangabedelikte und Bilanzstrafrecht .....	127
a) §§ 331 ff. HGB .....	127
b) § 400 I Nr. 1 AktG .....	129
<b>II. Strafbarkeit durch unrichtige Ad-hoc-Meldungen, BGHSt 49, 381 .....</b>	<b>129</b>
<b>§ 10 BGHSt 50, 331: Der Fall Mannesmann Die Untreue im Wirtschaftsstrafrecht .....</b>	<b>132</b>
<b>I. Renaissance der Untreue? .....</b>	<b>132</b>
<b>II. Grundlagen der Untreuestrafbarkeit, § 266 StGB .....</b>	<b>134</b>
1. Rechtsgut .....	134
2. Zur Verfassungsmäßigkeit des § 266 StGB .....	134
3. Systematik des § 266 StGB .....	135
4. Die Tatbestandsmerkmale des § 266 StGB im Einzelnen .....	136
a) Gemeinsamer Bezugspunkt: Vermögensbetreuungspflicht .....	136
b) Die Tatmodalitäten des § 266 I StGB .....	137
c) Insbesondere: Die Vermögensbetreuungspflichtverletzung .....	138
aa) Die Akzessorietät der Pflichtverletzung .....	138
bb) Zum Verhältnis von Vermögensbetreuungspflicht und deren Verletzung .....	139
cc) Untreue als Gläubigerschutzvorschrift? Zur Frage eines tatbestandsausschließenden Einverständnisses .....	139
d) Der Vermögensschaden und die nur im Grundsatz übertragbare Schadensdogmatik aus § 263 I StGB .....	141
<b>III. Akzessorietät der Untreue am Beispiel der Zahlung überhöhter Vorstandsvergütungen – Der Fall Mannesmann .....</b>	<b>143</b>
1. Aktienrechtliche Grundlagen: Die Feststellung der aktienrechtlichen Pflichtverletzung .....	143
2. Die Beurteilung der Vermögensbetreuungspflichtverletzungen durch das LG Düsseldorf und den BGH im Mannesmann-Fall .....	145
a) Die Notwendigkeit einer gravierenden Pflichtverletzung und ihre Bestimmung nach dem LG Düsseldorf .....	146
b) Die doppelte „Abkürzung“ des BGH im Mannesmann-Fall .....	147
c) Exkurs: Zur Strafbarkeit der Vorstandsmitglieder .....	148

<b>§ 11 BGHSt 47, 295: Die Drittmittelentscheidung Korruption und Untreue im öffentlichen Sektor .....</b>	150
I. Korruption als wirtschafts(straf)rechtliches Phänomen .....	150
II. Grundzüge und Systematik der Korruptionsdelikte nach §§ 331 ff. StGB .....	153
1. Die Tatbestandsmerkmale der §§ 331 ff. StGB im Einzelnen .....	155
a) Amtsträgereigenschaft .....	155
b) Diensthandlung oder Dienstausübung .....	155
c) Vorteil .....	156
d) Tathandlungen .....	156
2. Restriktionsbemühungen .....	157
a) Einschränkungen nach dem Grundsatz der Sozialadäquanz bei kleineren Zuwendungen? .....	157
b) Sponsoring, Fundraising und Co: Zwischen begrüßenswerter Kooperation und illegaler Korruption .....	158
III. Das Problem der Drittmitteleinwerbung und die Entscheidung des BGH im Herzklappenfall, BGHSt 47, 295 ff. ....	159
1. Problemaufriss .....	159
2. Anknüpfung an den Vorteilsbegriff .....	160
3. Lösung des BGH: Anknüpfung an das ungeschriebene Merkmal der Unrechtsvereinbarung .....	160
4. Rechtfertigung der Drittmittelannahme durch Genehmigung, § 331 III StGB? .....	162
5. Zwischenergebnis .....	162
IV. Untreue gem. § 266 StGB durch Drittmittelakquise? .....	162
1. Untreue durch Nichtabführung der Drittmittel an die Universität? ....	163
2. Untreue durch überteuerten Produktkauf (sog. Kick-back-Phänomen)?	163
<b>§ 12 BGHSt 52, 323: Siemens-ENEL Korruption und Untreue im privaten Sektor (einschließlich einiger Hinweise zum Wettbewerbsstrafrecht) .....</b>	165
I. Der freie Wettbewerb als „Motor“ der freien Marktwirtschaft .....	165
II. Grundzüge des Wettbewerbsstrafrechts .....	167
1. Überblick .....	167
2. Die Straftaten des UWG im Einzelnen .....	168
a) § 16 UWG – Verbotene Werbung .....	168
b) §§ 17 ff. UWG – Geheimnisverrat .....	169
III. Bestechung und Bestechlichkeit im privaten Sektor, § 299 StGB (Fall Siemens-ENEL) .....	170
1. Zur Wiederholung: Gemeinsamkeiten und Unterschiede des § 299 StGB zu den §§ 331 ff. StGB .....	171

2. Die Tatbestandsmerkmale des § 299 StGB im Übrigen .....	172
a) Täterkreis .....	172
b) Tathandlungen .....	173
3. Das Problem der Auslandsbestechung vor Schaffung des § 299 III StGB und die Lösung des BGH im Fall Siemens-ENEL, BGHSt 52, 323 .....	173
<b>IV. Eine „Zugabe“ vom BGH mit Folgen: Strafbare Untreue durch Bildung und Fortführung schwarzer Kassen? .....</b>	176
1. Zum Begriff der schwarzen Kasse .....	176
2. Die Verletzung einer qualifizierten Vermögensbetreuungspflicht .....	177
3. Streitpunkt Vermögensschaden – Ein neues Verständnis von der Untreue? .....	178
a) Bisherige Bewertung schwarzer Kassen .....	178
b) Das Schadensmodell des 2. Senats – Entziehen der Dispositionsmöglichkeit als Vermögensnachteil .....	179
c) Kritik in der Literatur .....	180
Anhang: Übersicht zu den wirtschaftsstrafrechtlich wichtigsten Fallgruppen der Untreue .....	183
<b>§ 13 BGHSt 50, 299 ff.: Kölner Müllverbrennungsskandal</b>	
<b>Der strafrechtliche Amtsträgerbegriff .....</b>	186
<b>I. Der strafrechtliche Amtsträgerbegriff im Wirtschaftsstrafrecht .....</b>	186
<b>II. Die Legaldefinition des § 11 I Nr. 2 StGB .....</b>	188
1. Beamte und Richter .....	188
2. Sonst öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis gem. § 11 I Nr. 2b StGB ..	189
3. Für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete gem. § 11 I Nr. 4 StGB .....	189
4. Sonstige Bestellung zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben gem. § 11 I Nr. 2c StGB .....	189
<b>III. Das „Sorgenkind“ § 11 I Nr. 2c StGB und seine Auslegung in der Rechtsprechung – Ein kurzer Rückblick anhand ausgewählter Entscheidungen .....</b>	191
1. Vor dem Korruptionsbekämpfungsgesetz: Maßgeblichkeit der Vertriebsform .....	191
2. „Unbeschadet der Organisationsform“ – Die Entwicklung der Gesamtbewertungslehre .....	192
3. Gesamtbewertungslehre vs. Art. 103 II GG .....	194
4. Das Merkmal der „Bestellung“ als (zusätzliches) Korrektiv? .....	195
<b>IV. Das Sonderproblem der Kooperation von Privaten und öffentlicher Hand und die Lösung des BGH im Kölner Müllverbrennungsskandal, BGHSt 50, 299 ff. .....</b>	196

<b>§ 14 BGHSt 31, 118: Der GmbH-„Boss“</b>	
<b>Grundzüge des Insolvenzstrafrechts – zugleich Fragen des faktischen Geschäftsführers</b>	200
I. Strafrechtliche Risiken in der wirtschaftlichen Krise	200
II. Grundzüge des Insolvenz(straf)rechts	201
1. Zweck des Insolvenz(straf)rechts	202
2. Überblick und Systematik der Strafvorschriften	202
a) Der Krisenbegriff nach den §§ 283 ff. StGB und die Legaldefinitionen der InsO	203
aa) Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO	204
bb) Drohende Zahlungsunfähigkeit, § 18 InsO	205
cc) Überschuldung, § 19 InsO	205
b) Objektive Bedingung der Strafbarkeit	207
III. Die Straftatbestände im Einzelnen	207
1. Der Bankrott, § 283 StGB	207
2. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung, §§ 283c, 283d StGB	209
3. Insolvenzverschleppung gem. § 15a InsO am Beispiel der GmbH	210
a) Überblick	210
b) Die Insolvenzantragspflicht	211
c) Täterkreis des § 15a InsO	212
IV. Der faktische Geschäftsführer und die Lösung des BGH (BGHSt 31, 118)	212
V. Exkurs: Die Abgrenzung von Bankrott zur Untreue	214
1. Problemaufriss	214
2. Frühere Rechtsprechung: „Interessenstheorie“	214
3. Abkehr von der Interessenstheorie	215
<b>§ 15 BGHSt 48, 307: Der Geschäftsführer in der Zwickmühle</b>	
<b>Grundrisse des Arbeitsstrafrechts</b>	218
I. Der Unternehmer im Arbeitsmarkt	218
II. Arbeitsstrafrecht – Begriff und Überblick	219
1. Schutz des Arbeitnehmers	219
2. Schutz des Arbeitsmarkts	220
a) Illegale Arbeitnehmerüberlassung und illegale Ausländerbeschäftigung	221
b) Illegale Beschäftigung von Ausländern, § 404 II Nr. 3 StGB III, §§ 10, 11 SchwarzArbG	222
III. § 266a StGB – Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	223
1. Sozialversicherungsrechtliche Grundlagen	223
2. Die Tatbestände des § 266a I – III StGB im Überblick	224

3. Insbesondere § 266a I StGB .....	225
a) Tauglicher Täterkreis .....	225
b) Tatobjekt und Tathandlung .....	226
c) Veruntreuen in „Krisenzeiten“: Das Sonderproblem der Zahlungsunfähigkeit .....	226
aa) Vollständige Zahlungsunfähigkeit .....	227
bb) Kollision von Zahlungspflichten .....	227
d) Die Kollision von strafrechtlicher Zahlungspflicht und gesellschaftsrechtlichem Zahlungsverbot .....	228
aa) Problemaufriss .....	228
bb) Der Geschäftsführer in der Zwickmühle und die Lösung des BGH .....	229
<i>Prüfungsfragen</i> .....	233
<i>Stichwortverzeichnis</i> .....	237